Ringen um Fachkräfte: Kita-Mitarbeiter erhalten Vorrecht bei der Platzvergabe

Neue Regelung ist in Stadtverwaltung und Kindergärten nicht unumstritten

Von Mario Moers

Mit sicheren Kita-Plätzen will die Stadt pädagogische Fachkräfte nach Neustadt locken. FOTO: UWE ANSPACH

Neustadt. Pädagogische Fachkräfte in den Neustädter Kindertagesstätten genießen ab sofort ein Vorrecht bei der Kita-Platzvergabe. Die neue Aufnahmeregelung soll die Attraktivität des Standorts für Erzieherinnen und Erzieher steigern. Als Baustein bei der Rekrutierung will man so dem Fachkräftemangel bei der Betreuung entgegenwirken. Die Änderung gilt ab sofort, betrifft auch bereits angestellte Mitarbeiter und alle Träger. Bisher gab es ein solches Vorrecht lediglich bei einigen Kitas in freier Trägerschaft.

Die neue Regelung ist allerdings nicht unumstritten. Insbesondere Bürgermeister Dominic Herbst hatte im Vorfeld große Bedenken geäußert, die Regelung allgemeinverbindlich zu machen. Er hält die vorrangige Platzvergabe für möglicherweise unfair gegenüber anderen Eltern, die sich ebenfalls um die knappen Plätze bewerben. „Herr Herbst und die Verwaltung waren der Meinung, dass es gegen das Gleichheitsgebot verstößt", kommentiert Stadtsprecherin Nadine Schley den Vorgang. Die Stadt hatte einen entsprechenden Antrag des Rats im vergangenen Jahr der Kommunalaufsicht zur Prüfung vorgelegt. Dort teilte man zwar die Bedenken, erklärte das Ansinnen allerdings nicht für grundsätzlich rechtswidrig.

Am Ende setzte sich nun die Ratspolitik durch, die einen entsprechenden Antrag der Unabhängigen Wählergemeinschaft (UWG) mehrheitlich unterstützte. Die UWG hatte die skeptische Haltung des Bürgermeisters nicht gelten lassen und erneut auf eine verbindliche Bewertung der Kommunalaufsicht insistiert. „Dort kam man zu der Auffassung, dass man nicht einschreitet, weil die Regelung nur einen kleinen Personenkreis betrifft", sagt die Stadtsprecherin. Die Stadt beschäftigt in den eigenen 14 Kindertagesstätten circa 150 Fachkräfte.

„Die neue Regelung macht die Stadtverwaltung zu einem attraktiven Arbeitgeber. Wir müssen vor Ort alles tun, um eine möglichst gute Kinderbetreuung sicherzustellen", begrüßt die Vorsitzende des Jugend- und Sozialausschusses, Christina Schlicker (SPD), die bevorzugte Vergabe an die Kita-Fachkräfte. Sie macht sich keine Illusionen, dass die Änderung bei der Platzvergabe allein das Fachkräfteproblem beheben kann. Allein der Stadt fehlen aktuell acht Erzieherinnen und Erzieher in den eigenen Einrichtungen. Auch die freien Träger suchen händeringend nach Mitarbeitern. „Es ist aber ein kleiner Tropfen", so Schlicker. Befürchtungen, dass die städtischen Mitarbeiter nun anderen Eltern den Platz streitig machen, teilt sie nicht. „Nur wenn wir genügend pädagogische Fachkräfte haben, können wir auch neue Kita-Plätze schaffen. Und wenn es nötig ist, müsste die Stadt eben eine eigene Betriebskita schaffen", so Schlicker.

> Die neue Regelung macht die Stadtverwaltung zu einem attraktiven Arbeitgeber.
>
> **Christina Schlicker (SPD),** Ratsfrau

Die Kita-Leitungen sind geteilter Ansicht über das neue Instrument zur Mitarbeitergewinnung. „Bei uns war das ohnehin bereits ein Kriterium bei der Platzvergabe. Für die Kolleginnen und Kollegen ist das wichtig", sagt Jana Hochegger, die stellvertretende Leiterin der Kita Regenbogenland. Deren Träger, das evangelisch-freikirchliche Sozialwerk Lebenstraum, muss sich also gar nicht umstellen. In der Kita Schatzinsel in Otternhagen ist Leiterin Sonja Graeser die neue Regel betreffend eher skeptisch. „Aus pädagogischer Sicht und der der betroffenen Kolleginnen und Kollegen ist es nicht ganz unproblematisch. Als Mutter kann ich vielleicht freier arbeiten, wenn das eigene Kind nicht dabei ist", sagt Graeser. Vielleicht ist das auch ein Grund, weshalb keine von ihren elf Kolleginnen und Kollegen ihr Kind in der eigenen Kita hat. Zu einer anderen Einschätzung gelangt ihr Stellvertreter Pierre Bultmann. Er hat bereits in Kitas gearbeitet, in denen auch die Kinder von Kolleginnen und Kollegen untergebracht waren. „Man hat es einfach so geregelt, dass sie in getrennten Gruppen sind", so Bultmann.